

**Antrag Ar-01**  
**AG 60plus NRW**

**Empfehlung der Antragskommission**  
**Erledigt durch Beschlusslage**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Kohleausstieg 2030 – Wahrung der Interessen der Beschäftigten**

1 Die NRWSPD wird aufgefordert, die Maßnahmen zur Si-  
2 cherstellung der Interessen der Beschäftigten im Zuge  
3 eines vorgezogenen Kohleausstiegs auszuarbeiten und  
4 umzusetzen. Dabei sollen nicht nur die schon beschlos-  
5 senen Strukturhilfen für den Kohleausstieg 2038 erhöht  
6 werden, sondern auch die soziale Unterstützung und  
7 die Qualifizierungsmaßnahmen für die betroffenen Be-  
8 schäftigten sind neu zu überarbeiten und zu verbessern.

9  
10 **Begründung**

11  
12 Für das Erreichen der Klimaziele insb. die Einhaltung des  
13 1,5-Grad-Ziels des Pariser Klimavertrages von 2015 und  
14 die Einhaltung des Klimaurteils des Bundesverfassungs-  
15 gerichts vom März 2021 ist ein Ende der Kohleverstro-  
16 mung im Jahre 2030 notwendig. Im Sondierungsdoku-  
17 ment der SPD, der Grünen und der FDP heißt es zwar  
18 „idealerweise schon bis 2030“, aber vom Markt getrie-  
19 ben ist der Ausstieg im Jahre 2030 schon vorgezeichnet.  
20 Die Ursache dafür ist die Entwicklung des CO<sub>2</sub>-Preises,  
21 bei dem die Kohlekraftwerke unwirtschaftlich werden  
22 und daher abgeschaltet werden.

23  
24 Gerade in dieser Situation getrieben aus Gründen der  
25 Marktmechanik ist eine besondere Unterstützung der  
26 betroffenen Beschäftigten notwendig. Neue Entschädi-  
27 gungen, Stilllegungsprämien etc. für die Unternehmen  
28 sind in dieser Situation nicht notwendig.